

THÜRINGER LANDTAG

Kopie der Antwort an Fragesteller

Anfrage 1231

Drs. 6/2553

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

Präsidenten des Thüringer Landtags
Herrn Christian Carius, MdL
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie

Ministerin

Helke Werner

Ihr/e Ansprechpartner/in:
Peter Kruchen

Durchwahl:
Telefon +49 (361) 57-3811-420
Telefax +49 (361) 57-3811-840

peter.kruchen@
tmasgff.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)
M3-0016/207-3-130527/2016

Erfurt, 22. August 2016

Kleine Anfrage Nr. 1231 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE) - Auffüll- und Abschmelzbeträge bei Ostrenten in Thüringen -

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Um die Rentenbezieher bzw. rentennahen Jahrgänge des Beitrittsgebiets vor unverhältnismäßigen Nachteilen bei der Übertragung des SGB VI auf das Beitrittsgebiet zu schützen, wurden mit dem zum 1. Januar 1992 in Kraft getretenen Rentenüberleitungsgesetz verschiedene Vertrauensschutzregelungen für diesen Personenkreis in das bundesdeutsche Rentenrecht aufgenommen. Unter anderem sieht das SGB VI in bestimmten Fällen eine Aufstockung der dynamischen Rente durch Zusatzleistungen vor. Zu unterscheiden sind hier drei Arten von Zusatzleistungen: Auffüllbeträge nach § 315a SGB VI, Rentenzuschläge nach § 319a SGB VI und Übergangszuschläge nach § 319b SGB VI.

Während Auffüllbeträge darauf ausgerichtet waren, den Bestandsrentnern der ehemaligen DDR nach dem Auslaufen des DDR-Rentenrechts zum 31. Dezember 1991 mindestens eine Rente in Höhe des am 31. Dezember 1991 gewährten Zahlungsbetrages zu garantieren, zielten die Renten- und Übergangszuschläge vor allem darauf ab, den rentennahen Jahrgängen ab 1. Januar 1992 einen Vertrauensschutz auf die Rentenleistungen nach dem Recht des Beitrittsgebiets zum Stand 31. Dezember 1991 einzuräumen. Die genannten Zuschläge waren im Einzelnen an folgende Voraussetzungen geknüpft und wie folgt abzuschmelzen bzw. zu vermindern:

Auffüllbeträge:

Die Gewährung eines Auffüllbetrags setzte vor allem voraus, dass am 31. Dezember 1991 bereits ein Anspruch auf Rente nach dem Recht des Beitrittsgebiets (1. Rentenverordnung der DDR vom 23. November 1979) bestanden hat. Einen Anspruch auf einen Auffüllbetrag konnten also nur die so genannten Bestandsrentner der ehemaligen DDR erwerben. Ergab sich



Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMASGFF
nur dem Empfang einfacher Mitteilungen
ohne Signatur
und/oder Verschlüsselung.

bei der Überführung der am 31. Dezember 1991 tatsächlich nach dem Recht des Beitrittsgebiets gewährten Rente in das Bundesrecht (durch Umwertung nach § 307a Abs. 1 bis 3 SGB VI bzw. Neuberechnung nach § 307a Abs. 9 und 10 SGB VI) ein niedrigerer Betrag als für die am 31. Dezember 1991 tatsächlich gewährte Rente, war die Differenz als Auffüllbetrag zu leisten. Während der dynamische, auf persönlichen Entgeltpunkten beruhende Teil der umgewerteten bzw. neu berechneten Rente jeweils zu den ab 1. Januar 1992 durchzuführenden Rentenanpassungen zu erhöhen war, wurde der Auffüllbetrag bis zum 31. Dezember 1995 als statischer Betrag in unveränderter Höhe gewährt. Eine Abschmelzung fand bis zum 31. Dezember 1995 nicht statt.

Für die Zeit ab dem 1. Januar 1996 sah § 315a Satz 4 und 5 SGB VI dann eine schrittweise Abschmelzung der Auffüllbeträge anlässlich der Rentenanpassungen vor, wobei bezüglich der berechnungstechnischen Umsetzung zwei Phasen zu unterscheiden sind: Vom 1. Januar 1996 bis zum 30. Juni 2000 war der zum Stand 31. Dezember 1991 errechnete Auffüllbetrag grundsätzlich um ein Fünftel seines Betrags, mindestens jedoch um 20 DM zu vermindern. Um zu verhindern, dass sich der Rentenzahlbetrag durch die Abschmelzung vermindert, war diese auf die jeweilige Rentenanpassung begrenzt. Seit dem 1. Juli 2000 ist der Auffüllbetrag zu jeder Rentenanpassung im Umfang dieser Rentenanpassung abzuschmelzen. Der beschriebene Abschmelzungsalgorithmus führt insbesondere bei Beziehern niedriger Renten mit einem vergleichsweise hohen Auffüllbetrag dazu, dass die Abschmelzung in sehr kleinen Schritten und damit sehr langsam verläuft und so möglicherweise bis zum heutigen Tag noch nicht abgeschlossen ist.

Renten- und Übergangszuschläge:

Entsprechend der bereits im Einigungsvertrag getroffenen Festlegungen (Art. 30 Abs. 5) war auch den rentennahen Jahrgängen ab 1992 ein betrags- und anspruchsseitiger Vertrauensschutz auf das bis zum 31. Dezember 1991 geltende Rentenrecht des Beitrittsgebiets einzuräumen. Zu diesem Zweck wurde der Artikel 2 Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) geschaffen, welcher im Wesentlichen die bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Regelungen der 1. Rentenverordnung der DDR für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1996 fortführte. Auf der gesetzlichen Grundlage des Artikel 2 RÜG war in Leistungsfällen bis zum 31. Dezember 1996 für die Versicherten im Beitrittsgebiet noch eine Vergleichsrente zu berechnen. Ergab sich für diese Vergleichsrente ein höherer Betrag als für die entsprechende Rente nach dem SGB VI, war zur Rente nach dem SGB VI ein Renten- bzw. Übergangszuschlag zu leisten. Anspruch auf Rentenzuschlag konnte dabei nur bei einem Rentenbeginn bis zum 31. Dezember 1993 entstehen. Übergangszuschläge waren für Rentenansprüche, die bis zum 31. Dezember 1996 begonnen haben, zu leisten. Übergangszuschläge verfolgen zusätzlich das gesetzgeberische Ziel, Minderungen der SGB VI-Rente, die sich aus der

Anwendung der Vorschriften über das Zusammentreffen von Renten- und Einkommen (§§ 90 ff SGB VI) ergeben, auszugleichen.

Die Abschmelzung der Rentenzuschläge erfolgt in der gleichen Art und Weise, wie auch die der Auffüllbeträge (siehe Erläuterungen zum Stichwort „Auffüllbeträge“). Im Unterschied dazu wurden bzw. werden die Übergangszuschläge von Beginn an zu jeder Rentenanpassung im Umfang der Rentenanpassung vermindert.

Frage 1: Wie viele Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher in Thüringen sind nach Kenntnis der Landesregierung derzeit vom Abschmelzungsverfahren nach § 315a SGB VI betroffen und wie viele Betroffene gab es in Thüringen in den Jahren 2005 bis 2015 (bitte in Jahresscheiben aufschlüsseln)? Inwiefern sind nach Kenntnis der Landesregierung auch Inhaber von Rentenanwartschaften von einer späteren Abschmelzung betroffen und welche Prognosen gibt es für Thüringen hinsichtlich der Anzahl der zukünftig Betroffenen?

Derzeit (Stand: 31. Dezember 2015) sind vom Auffüll- und Abschmelzungsverfahren 9.976 Personen betroffen.

Die Anzahl der Betroffenen in Thüringen in den Jahren 2005 bis 2015 gestaltet sich wie folgt. Der Rentenversicherungsträger Knappschaft-Bahn-See verfügt erst über Werte ab dem Jahr 2010.

	DRV Bund/DRV Mitteldeutschland	Knappschaft Bahn See	Summe
2005	61618		61618
2006	55998		55998
2007	48522		48522
2008	39377		39377
2009	30582		30582
2010	27421	1452	28873
2011	23574	1333	24907
2012	19048	1193	20241
2013	14966	1038	16004
2014	11860	618	12478
2015	9442	534	9976

Versicherte, die ihre Rentenanwartschaft erst in der Zukunft realisieren werden, d. h. erst künftig in Rente gehen, können generell nicht mehr von der Abschmelzungsproblematik betroffen sein, weil für diesen Personenkreis kein Anspruch auf einen einigungsbedingten Zuschlag mehr entstehen kann.

Frage 2: Welche Rentenarten (Erwerbsminderungsrente, Altersrente usw.) sind nach Kenntnis der Landesregierung vom Abschmelzungsverfahren betroffen und inwiefern sind auch derzeitige Rentenanwartschaften betroffen? Inwiefern lassen sich Aussagen treffen zu den Durchschnittsbeträgen, die abgeschmolzen werden (bitte in absoluten Eurobeträgen ausweisen)?

Vom Abschmelzungsverfahren können grundsätzlich die Rentenarten Altersrente, Erwerbsminderungsrente, Witwen- bzw. Witwerrente und Waisenrente betroffen sein. Renten mit einigungsbedingten Zuschlägen konzentrieren sich vor allem auf die Fallgruppe der Altersrenten.

Der Rentenversicherungsträger Knappschaft-Bahn-See konnte keine Aussagen zu den Durchschnittsbeträgen, die abgeschmolzen werden, treffen. Die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland teilten hierzu mit:

Im Jahr 2015 betrug der zu einer Rente gewährte Auffüllbetrag bzw. Rentenzuschlag in Thüringen durchschnittlich noch 113,78 Euro. Am höchsten war er mit durchschnittlich 198,21 Euro bei der Fallgruppe der Erwerbsminderungsrenten. Bei den Altersrenten betrug der Auffüllbetrag bzw. Rentenzuschlag am 31. Dezember 2015 durchschnittlich noch 92,17 Euro, bei den Renten wegen Todes durchschnittlich noch 61,94 Euro.

Frage 3: Findet nach Kenntnis der Landesregierung eine Abschmelzung auch dann statt, wenn die Abschmelzung dazu führt, dass die bzw. der Betroffene erstmals bzw. weiterhin eine Rente bezieht, die unterhalb der Grenze des grundrechtlich geschützten sozio-kulturellen Existenzminimums liegt und damit erstmals oder weiterhin ein Recht auf den Bezug von Grundsicherung im Alter entsteht?

Die Abschmelzung richtet sich entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 315a Satz 5 SGB VI bzw. § 319a Satz 3 SGB VI ausschließlich nach dem Umfang der Rentenanpassung eines Jahres. Sie wird auch in diesem Umfang realisiert, wenn sich dadurch erstmals oder weiterhin eine Rente unterhalb des grundrechtlich geschützten sozio-kulturellen Existenzminimums ergibt. Innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung soll nach der derzeitigen Gesetzeslage ausschließlich gewährleistet werden, dass die Abschmelzung nicht zu einer Rentenminderung bzw. zu einer Unterschreitung des am 31. Dezember 1991 tatsächlich geleisteten Zahlbetrages führt. Einen darüber hinausgehenden Ausgleich innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung hat der Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Frage 4: Wie viele der unter Frage 1 „erfragten“ Personen beziehen derzeit bzw. haben nach Kenntnis der Landesregierung im Zeitraum 2005 bis 2015 zuzüglich zu ihrer Rente Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung bezogen (bitte in Jahresscheiben aufschlüsseln)? Für den Fall, dass keine absoluten Zahlen vorliegen: Von welchem Prozentsatz an Personen mit zusätzlichem Grundsicherungsbezug geht die Landesregierung in Thüringen aus?

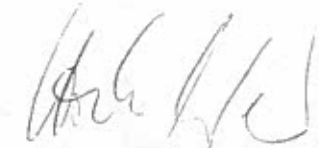
Hierzu gibt es keine statistischen Erhebungen.

Frage 5: Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu dem so genannten Abschmelzungsverfahren nach § 315a SGB VI auch mit Blick auf den Umgang mit den „Ostrenten“ insgesamt und welche „alternativen“ Verfahrensweisen werden nach Kenntnis der Landesregierung für den zukünftigen Umgang mit den „Ostrenten“ diskutiert (Stichwort z. B. Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West)?

Die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West wurde von der Landesregierung schon des Öfteren, auch im Bundesrat, angemahnt. Dabei plädierte die Landesregierung stets für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bei der auch andere rentenrechtliche Probleme, die sich im Rahmen der Überleitung des Rentenrechts der DDR an das Rentenrecht der Bundesrepublik Deutschland ergeben haben, mit behandelt werden sollen.

Derzeit wird auf Ebene der Bundesregierung ein Gesetzentwurf des BMAS diskutiert, der einen Angleich der Rentenwerte in Ost und West beinhaltet. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, wie von Thüringen gefordert, ist dabei nicht vorgesehen. Insoweit könnten darüber hinausgehende Änderungen, wie z.B. der Umgang mit dem Abschmelzungsverfahren nach § 315a SGB VI, nur im zukünftigen Bundesratsverfahren durch entsprechende Anträge der Länder Berücksichtigung finden. Hierzu liegt derzeit keine abschließende Meinungsbildung der Landesregierung vor.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Heike Werner', written in a cursive style.

Heike Werner